

Danziger Zeitung.



Nr 9798.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettwigerstraße No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 H. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Prag, 23. Juni. Zu dem Prozeß gegen die ehemaligen Beamten der hiesigen Filiale der Creditanstalt sprachen die Geschworenen den ehemaligen Dirigenten Lederer der Veruntreuung, den Procuristen Senft der Mitschuld an der Veruntreuung für schuldig; von den übrigen Anklagepunkten wurden beide freigesprochen. Der Gerichtshof erkannte gegen Lederer auf 1½ jährigen, gegen Senft auf einjährigen schweren Fehler. (Der dritte und Hauptbeschuldigte, Director Hampel, mußte schon vor 5 Wochen als unheilbar in die Irrenanstalt übergeführt werden.)

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Rom, 22. Juni. Der Bericht des Kammerausschusses über die Vorlagen, betreffend die oberitalienischen Bahnen, ist heute zur Vertheilung gelangt, in demselben wird beantragt, dem von dem Ministerium vorgelegten Gesetzentwurf die Genehmigung zu ertheilen. — Der König hat sich nach Turin begeben.

London, 22. Juni. Unterhaus. Auf eine bezügliche Anfrage Bruce's erklärte der Premier Disraeli, eine Debatte über die Orientfrage erscheine nicht zweckmäßig. Die Mächte seien einig darüber, einen Druck nicht auszuüben. Wie von den Insurgenten die Amnestie und die Waffenruhe aufgenommen worden, sei ihm nicht bekannt; es scheine, daß die Insurgenten danach in ihrer Action nachgelassen hätten, da die Verproviantirung der Festungen in der Herzegowina habe erfolgen können.

Malta, 22. Juni. Das deutsche Mittelmeergeschwader ist gestern Abend 6 Uhr in See gegangen. Am Vormittag nahmen der Gouverneur von Malta und die Civil- und Militärbördörden an einem ihnen zu Ehren in Erwiederung der während der Anwesenheit der deutschen Flotte in Malta veranstalteten Feierlichkeiten gegebenen Gabelfrühstück von 160 Gedecanen an Bord Theil.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung am 22. Juni.

Das Haus erledigt ohne Debatte den Bericht der Budgetcommission, betreffend die Übersichten über den Fortgang des Banes und die Ergebnisse des Betriebes der Staatsseisenbahnen in den Jahren 1873, und tritt sodann in die Berathung der Übersicht über den Stand der Eisenbahnbaute im Jahre 1875.

Berichterstatter Berger: Die Summe der im Laufe der letzten zehn Jahre für Eisenbahn Zwecke außerordentlich bewilligten Gelder beläuft sich auf 1.223.376 M. Hieron ist bis zum Schluß des Jahres 1875 etwa die Hälfte verausgabt worden, so daß noch ein Bestand von 489.593 M. vorhanden war. Es ist nun in der Budgetcommission von dem Vorstande an die Regierung der Wunsch ausgesprochen worden, diese Summe möglichst in einer Linie zur Verwendung für bahnarme Landesteile zu bringen. Es ist dies nicht allein im Interesse der Bewohner jener Landesteile wünschenswerth, sondern für Handel und Gewerbe im Allgemeinen, die ja augenblicklich in Deutschland so schwer darunterliegen. Außerdem ist noch von Privatgesellschaften eine Strecke von 230 Kilometern oder 310 Meilen auszubauen. Wenn auch bei vielen Gesellschaften für den Augenblick die Geldmittel zur Ausführung nicht vorhanden sind, so wird doch die Regierung von den gegebenen Concessions nicht absehen. Ich glaube dies zur Vermehrung des Vertrauens im Lande konstatiren zu sollen, und ich hoffe, daß jene Thatsachen mit zum Aufschwung d. s. Handels und der Industrie beitragen werden.

Abg. Miguel: Der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von Bahnenconcessionen an Privatgesellschaften ertheilt sei, und daß die Regierung diese Concessionen nicht zurückziehe, obwohl die Gesellschaften zur Zeit wegen schwieriger Finanzverhältnisse nicht in der Lage sind, die Bahnen auszuführen. Zu diesen Bahnen gehört die Linie Hamm-Osnabrück, die der Bergisch-Märkischen Gesellschaft schon vor längeren Jahren concesioniert war. Jetzt erklärt nur die Bergisch-Märkische Gesellschaft, daß sie sich augenblicklich außer Stande sehe, die Strecke Hamm-Osnabrück zu bauen. Daß die Bahn auch in sehr dringendem Interesse Preußens, speziell der rheinisch-westfälischen Industrie liegt, kann keinem Zweifel unterliegen; andererseits hat der oldenburgische Staat wohl einen billigen Anspruch darauf, daß, nachdem er seinerseits in der Hoffnung auf den Weiterbau die Linie bis Osnabrück fortsetzt, hat resp. im Begriff ist fortzuführen, von Seiten der preußischen Regierung auch Alles geschehe, um dieser Hoffnung zu entsprechen. Sollte zur Zeit keine Möglichkeit sein, dieses Ziel zu erreichen, so richte ich an die Regierung die dringende Bitte, wenigstens die Bahnhofsverhältnisse der Stadt Osnabrück zum raschen Abschluß zu bringen. — Ministerialdirector Weishaupt: Die Staatsregierung glaubt, um nicht einen unnötigen Druck zu üben, sich vorläufig mit dem Zustandekommen der Strecke Oldenburg-Osnabrück aufzuhören zu wollen. Die Regierung ist mit den oldenburgischen Regierung in Verhandlung getreten, und bei dem Interesse welches diese an jener Bahn nimmt, ist ein baldiges Zustandekommen einer Vereinbarung zu hoffen. — Abg. Hamacher: Ich will nicht die Regierung dazu bewegen, einen unnötigen Druck zu üben, aber ich will darauf hinweisen, daß die oldenburgische Regierung die Bahn Osnabrück-Osnabrück mit großen Kosten gebaut hat, und zwar in der Voraussetzung, daß von Seiten der preußischen Regierung die Strecke Osnabrück-Hamm ebenso rasch zum Abschluß gebracht werden würde. — Ministerialdirector Weishaupt erklärt, daß in Osnabrück vorläufig ein provisorisches Bahnhofsgebäude errichtet werden würde; im Übrigen werde die Regierung bis zur nächsten Sitzung einen Druck auf die Bergisch-Märkische Gesellschaft üben.

Abg. Kleischke spricht sein Erstaunen darüber aus, daß von dem Anlagekapital der Bahn Danzig-Neufahrwasser noch eine Summe von 375.000 M. vorhanden sei, obgleich die Bahn schon 1867 in Angriff genommen worden. Er halte es nicht für möglich, daß definitiv angenommen.

Summen vom Anlagekapital für eventuelle Erweiterungen und Neubauten zurückbehalten würden, denn dadurch würde das Bewilligungsrecht des Abgeordnetenhaus in Eisenbahnangelegenheiten, das an sich schon schwierig genug durchzuführen sei, völlig illusorisch. — Ministerialdirector Weishaupt: Es handelt sich hier nicht um eine nachträgliche Erweiterung oder einen Neubau, sondern um einen Bau, der schon im Anfang in den Plan aufgenommen war. Derselbe wurde aber damals vorläufig als den Ansprüchen der Danziger nicht entsprechend, zurückgestellt.

Abg. Winthorst (Meppen) bittet die Regierung, die Herstellung des Bahnhofs zu Hannover mit möglichster Energie zu fördern. — Abg. Hamacher richtet an die Staatsregierung die Frage, ob die Herstellung der Bahn von Clausthal-Zellerfeld gesichert und bis wann die Fertigstellung zu erwarten sei. — Abg. Comm. Weishaupt erklärt, daß noch in Jahresfrist ein Abschluß zu erwarten sei. — Abg. Hamacher wünscht im Interesse des allgemeinen Verkehrs eine bessere Verbindung von Hamburg und Harburg. — Ministerial-Director Weishaupt erklärt, daß die Regierung den Bau einer möglichst geradlinigen Bahn zwischen Harburg-Hamburg und Hannover zwar nach wie vor für nötig, jedoch nicht für dringend erachtet. — Abg. Schläger wünscht, daß die Regierung wie bisher die Aufschaltung auf die Schleswigschen Bahnen richten möge. — Abg. Hoppe bittet sich über den langsamem Fortgang der Städtebahn. — Ministerial-Director Weishaupt erklärt, daß die Regierung bisher alle Energie entwickelt habe, und daß die Verzögerung nicht in ihrer Schuld liege, sondern an der Schwierigkeit der Verhältnisse.

Abg. Ritter bittet sich, daß die Strecke von Lübeck nach Lüneburg immer noch nicht energisch genug gefördert werde. — Ministerialdirector Weishaupt betont, daß die Schwierigkeiten in dem Anlauf des nördlichen Terrains liegen. — Handelsminister Schenck weist darauf hin, daß es von vornherein Project gewesen, die Bahnen, welche unter die sogenannte Fünfzig-Millionen-Anleihe fielen, nicht zu erheben zu bauen; trotzdem sei man dem Wunsche der Bewohner Ostpreußens nach einem schnelleren Bau der Bahn bereitwillig nachgekommen. Er habe überhaupt durchaus nicht die Absicht, sein Interesse für die Verstärkung des Eisenbahnarmen Ostens zu mindern. — Abg. v. Saucken-Tarpitschen bittet, daß die Regierung nicht unter allen Umständen die unentgeltliche Überlassung des nördlichen Terrains fordern möge.

Die Discussion wird hiermit geschlossen, worauf das Haus den Gegenstand durch seine Kenntnisnahme desselben für erledigt erklärt.

Es folgt die Berathung der allgemeinen Neuordnung über den Staatshaushalt des Jahres 1875 nebst den dazugehörigen Anlagen, einem Vorbericht und den Bemerkungen der Oberrechnungskammer sowie der Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatshauses für daselbe Jahr. Es werden folgende Anträge der Rechnungskommission angenommen: 1. Die Regierung zu erfüllen, der Oberrechnungskammer die folgenden Beschlüsse mitzutheilen: Das Haus der Abgeordneten wünscht: 1) daß die Oberrechnungskammer in ihren Bemerkungen zur nächsten allgemeinen Rechnung dem Landtage die Gesichtspunkte mittheile, von welchen sie bei Vornahme von Abänderungen in dem Verzeichniß der von ihrer regelmäßigen Prüfung ausgeschlossenen Rechnungen ausgeht; 2) daß die Oberrechnungskammer auch künftig ihre Bemerkungen in ähnlicher Weise, wie in diesem Jahre, eine summarische Zusammenstellung der sämtlichen, von ihr aufgefundenen Abweichungen von Staatsgesetzen befügt; 3) daß die Oberrechnungskammer in ihren Bemerkungen zur nächsten Rechnung darüber sich äußert, a. worauf sie formell ihre Berechtigung gründet die Ausgleichung der von ihr bei Revision der Rechnungen monierten Fondsverwechslungen von einem Jahre auf das andere anzuordnen; b. in welcher Weise und nach welchen Grundsätzen bisher die Ausgleichung der Fonds materiell ausgeführt worden ist; II. die in den Bemerkungen der Oberrechnungskammer festgestellten Haftüberschreitungen mit dem Vorbehalt der Justizierung einzelner Ausgaben durch Spezialrechnungen etc. nachträglich zu genehmigen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verbilligung von Staatsmitteln zur Befestigung durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände wird in dritter Berathung angenommen, nachdem Minister Friedenthal seine Ausführungen in zweiter Lefung dahin klar gestellt hat, daß er wohl Fehler in der Ausführung und Handhabung der Deichwerke anerkannt habe, daß aber keineswegs die Befestigung dieser Werke die Folge davon sei.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinschaften und die Zusammenlegung der Grundstücks für die Provinz Schleswig-Holstein. — In der Generaldebatte präzisiert Abg. Hanel den Standpunkt seiner Partei dahin, daß das Urteil über diesen Gesetz entwurf noch nicht reif sei, daß es deshalb nicht möglich sei, ein definitives Urteil über die Zweckmäßigkeit der gefestigten Amendmenten zu fällen. Sie müßten deshalb für jetzt gegen das Gesetz stimmen. — Minister Friedenthal bittet hingegen seinerseits, dem Gesetz unwürde zuzustimmen. Warum könne er nicht die Garantie für jede Einzelbestimmung übernehmen — das könne wohl bei seinem Gesetze geschehen — wohl aber für die Fachkenntnis der Provinzialbehörden, welche dieses Gesetz vorberaten und gebilligt haben. — Abg. Schenck tritt als Referent der Commission den Aufstellungen des Abg. Hanel entgegen, damit nicht aus seinem Stillschweigen ein Anerkenntnis derselben folgt werde. Mit ihm sei die Majorität der schleswig-holsteinischen Abgeordneten einer Meinung. — Abg. Schenck schließt sich dieser Erklärung an und wünscht, daß der Abg. Hanel seine Bemühungen zu Gunsten der von dem Redner vertretenen ländlichen schleswig-holsteinischen Bevölkerung, welche von dem unfehlbaren Erfolge gewesen seien, einzustellen möge. —

In § 3 wird der in zweiter Lefung auf Antrag des Abg. Seelig aufgenommene Zusatz, wonach die Feststellung des Zusammenlegungsbezirkes vor der Beschlussfassung des Gesetzes über die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung erfolgen soll, auf Antrag des Abg. Schenck als überflüssig wieder gestrichen. — Die folgenden Paragraphen und das Gesetz im Ganzen werden definitiv angenommen.

Es folgt die Berathung der Schreiben des Präsidiums des Staatsministeriums, betreffend die Übersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschlüsse auf Anträge und Resolutionen des Hauses der Abgeordneten aus der Session 1875. — Abg. Berger wendet sich gegen die Praxis der Staatsregierung, auf viele Anträge und Resolutionen des Hauses nicht zu antworten, und meint, daß damit die Absicht des Hauses, von den Entschließungen der Staatsregierung auf seine Anträge Kenntnis zu erhalten, illusorisch gemacht werde. In dem vorliegenden Schreiben werde über die beantragte Vorlegung prinzipiell wichtiger Gesetze vollständig geschwiegen. — Minister Friedenthal vertheidigt die Handlungsweise der Regierung, welche nur auf Beschlüsse über solche Petitionen, die der Regierung als Material zur Gesetzgebung oder zur Kenntnisnahme überwiesen sind, keine Antwort ertheilt habe, weil sie dieselbe für überflüssig gehalten. Ungebringt sei den Wünschen des Hauses nach Möglichkeit Rechnung getragen worden, wie er dies an Beispielen aus seinem Rekord beweisen könne. — Abg. Birchow bittet die Behandlung, welche die Anträge des Hauses im Bezug auf Vorlegung wichtiger Gesetze durch die Staatsregierung erfahren haben; so namentlich müsse er den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats (Staatsgesetz) hervorheben. — Abg. Berger ist nach den Ausführungen des Ministers in Betreff der Vollständigkeit der Erwiderungen durchaus befriedigt, worauf das Haus den Gegenstand für erledigt erklärt. — Nächste Sitzung Freitag.

Herrenhaus.

21. Sitzung vom 22. Juni.

Fortsetzung der Berathung der Städteordnung.

In § 15 (Bedingungen des Bürgerrechts) hat den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unter c und d die Commission subsumirt: Das Bürgerrecht stehe jedem männlichen Gemeindeangehörigen zu, der ... c. das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und seit zwei Jahren, „ohne öffentliche Armenunterstützung zu beziehen“, in der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat, und d. zur klassischen Einkommensteuer oder zur Klassensteuer „mit dem Stufenzage von mindestens sechs Mark veranlagt ist.“ — Wo der Besitz des Bürgerrechts bisher von der Veranlagung zu einem höheren Klassensteuern abhängig war, kann derzeit mittels Ortsstatutarischer Bestimmung bis zum Betrage von 12 M. beibehalten werden kann. In die Debatte wurde zugleich die Frage: ob gleiches Wahlrecht oder Dreiklassenystem verfolgt. Seltsamerweise wurde der Meinungsaustausch fast ausschließlich zwischen den bürgermeisterlichen Clementen des Hauses geführt; nur der Minister des Innern und v. Kleist-Retzow nahmen ebenfalls Theil. Die Ansichten gingen weit auseinander. Das gleiche Wahlrecht wurde im Prinzip verfochten von den Herren Becker-Dortmund, Brüning-Minden, Gobbin-Görlitz, Rauch-Hannover, von Thadden-Altona; dagegen traten außer dem Referenten namentlich die Rheinländer Diege-Elberfeld und Bredt-Barmen, sowie v. Forckenbeck für das Dreiklassenystem ein. Die Letzteren gingen aber wiederum in der Frage: ob Dreiklassenystem mit oder ohne Census? erheblich auseinander. Während v. Forckenbeck mit Becker und Brüning die Streichung des Census beantragte, bestanden namentlich die Rheinländer, unterstellt vom Minister des Innern, auf den Census von 6 M., und Andere, wie beispielsweise v. Kleist-Retzow, zeigten sogar Lust, über diesen Satz noch erheblich hinauszugehen. Herr v. Kleist erreichte schließlich wenigstens, daß die Erhöhung des Census bis auf 12 M. in allen Städten zulässig sein soll. Mit dieser Verschärfung wurde schließlich der Antrag von einem Klassensteuertarifzage bis zum Betrage von 18 M. abhängig gemacht werden.

Bürgermeister Brüning (Minden) hat am den Commissionsbeschlüssen zu § 15 ebenfalls die Wiedereinführung des erhöhten Census aufgefordert. — Abg. v. Kleist findet in dem zweiten Satze der Lit. a eine zu geringe Beschränkung des Wahlrechts und beantragt deshalb diesen Satz zu fassen: „Der Besitz des Bürgerrechts kann mittels Ortsstatutarischer Bestimmung von einem Klassensteuertarifzage bis zum Betrage von 18 M. abhängig gemacht werden.“

Bürgermeister Brüning (Minden) hat am den Commissionsbeschlüssen zu § 15 ebenfalls die Wiedereinführung des erhöhten Census aufgefordert, es sei gewiß ein Vorsatz, daß jeder Steuerzahler, ohne Schaden für die Stadt, Wahlrechte üben könne, der höhere Census schaffe in Wahrheit eine Bierklassenwahl.

Bürgermeister Brüning (Minden) beruft sich hiergegen auf die Autorität Dr. Friedrichs Kap's, der in seinem kürzlich erschienenen Werke über Newyork die große Corruption dieser Stadt trotz hoher Bildung ihrer Bewohner lediglich der politischen Beteiligung und Berechtigung jedes großjährigen Steuerzahlers der Stadt zuschreibt.

Mitarbeiter Graf Eulenburg: Die Regierung hat erklärt, daß sie das Dreiklassenystem in der ganzen Monarchie einführen wolle, nur ist nach ihrer Ansicht für den Bezirk, in dem diese Städteordnung gelten soll, dieses System: das zweckmäßige, die Einführung in den übrigen Bezirken bleibt eine noch offene Frage. Ungebringt ist ja das Wahlrecht keineswegs ein angeborenes Recht, und wenn nun einmal ein höherer Census sich bewährt hat, namentlich in der Rheinprovinz, wie könnten Sie dahin kommen, jetzt einen so niedrigen Census anzunehmen, der Ihnen den Übergang zum Einklassensteuertarifzage gerade erschwert?

Oberbürgermeister v. Forckenbeck vertheidigt das Dreiklassensteuertarifz, findet es aber entschieden im Recht der Willigkeit, daß wer überhaupt Steuerzahler ist, Bürgerrechte erhalte, dies sei ein Mittel der Ausgleichung der Klassenungleichheit.

Bürgermeister Mewissen (Köln) befürwortet das v. Kleistsche Amendment. Die Steuerzufuhr von 18 M. sei nach seiner Kenntnis der namentlich rheinischen Verhältnisse, besonders größerer Städte wie Köln, die richtigste, jedenfalls sei es doch empfehlenswert, wenn man den höheren Census von 18 oder von 12 M. nicht neu einführen wolle, doch dessen Beibehaltung, da wo er bereits besteht, zu gestatten.

In namentlicher Abstimmung wird darauf mit 69 gegen 15 Stimmen § 15 in der Commissionsfassung, das zweite Blatt der Litera d jedoch in der Fassung des v. Kleistschen Amendmentes, aber mit Beibehaltung des von der Commission vorgeschlagenen Satzes von nur 12 M. angenommen.

In § 24, der bestimmt, welche Personen nicht zu Stadtvorordneten gewählt werden dürfen, schlägt die Commission vor, unter No. 4 zu setzen: Stadtvorordnete müssen nicht sein 4) Geistliche, Kirchendiener, öffentliche Elementarlehrer und alle Lehrer, welche Besoldung aus städtischen Mitteln erhalten (die No. 4 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses dagegen lautet: Geistliche, Kirchendiener und öffentliche Elementarlehrer, sofern die

selben als solche von Gemeindelasten befreit sind.) — Referent Hasselbach bemerkt, die Commission habe diese Fassung der No. 4 insbesondere deshalb beschlossen, weil die aus städtischen Mitteln beflockten Lehrer ihre Stellung als Stadtvorordnete bemüht würden, um ein höheres Gehalt zu erlangen. — Bürgermeister Brüning bittet dringend, die No. 4 in der Fassung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses anzunehmen. — Herr v. Kleist spricht seine große Freude aus über die sinnige Art und Weise, in welcher die Commission durch die Fassung der No. 4 den Wahrung eines conservativen Interesses Ausdruck gegeben habe und beantragt zugleich als eine neue Nummer zu dem vom passiven Wahlrecht ausgeschlossenen Personen hinzuzufügen „alle richterlichen Beamten, zu denen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlichen Gerichte, sowie die Ergänzungsgesetzestrichter nicht zu rechnen sind.“ Dieser Antrag wird indeß mit geringer Majorität abgelehnt und § 24 in der Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen. — Die übrigen Paragraphen bis § 74 incl. werden ohne wesentliche Debatte lediglich nach den Commissionsbeschlüssen angenommen. — Während der Debatte über § 75 vertagt sich das Haus auf Freitag.

Danzig, 23. Juni.

Das Herrenhaus gelangte gestern in der Berathung der Städteordnung von § 15 bis § 75. Darnach ist zu erwarten, daß es den Rest der Vorlage heute bewältigen wird. An § 15, welcher von den Bedingungen des Gemeindebürgerechts handelt, knüpft sich eine lange Discussion. Die Commission hat hier die Forderung wiederhergestellt, daß der Betreffende mit dem Stufenzage von mindestens 6 Mark zur klassischen Einkommensteuer oder zur Klassensteuer veranlagt sein muß, und hinzugefügt, daß da, wo der Besitz des Bürgerrechts bisher von der Veranlagung zu einem höheren Klassensteuertarifzage abhängig war, der selbe mittels ortsstatutarischer Bestimmung bis zum Betrage von 12 M. beibehalten werden kann. In die Debatte wurde zugleich die Frage: ob gleiches Wahlrecht oder Dreiklassensteuertarifz verfolgt. Seltsamerweise wurde der Meinungsaustausch fast ausschließlich zwischen den bürgermeisterlichen Clementen des Hauses geführt; nur der Minister des Innern und v. Kleist-Retzow nahmen ebenfalls Theil. Die Ansichten gingen weit auseinander. Das gleiche Wahlrecht wurde im Prinzip verfochten von den Herren Becker-Dortmund, Brüning-Minden, Gobbin-Görlitz, Rauch-Hannover, von Thadden-Altona; dagegen traten außer dem Referenten namentlich die Rheinländer Diege-Elberfeld und Bredt-Barmen, sowie v. Forckenbeck für das Dreiklassensteuertarifz ein. Die Letzteren gingen aber wiederum in der Frage: ob Dreiklassensteuertarif mit oder ohne Census? erheblich auseinander. Während v. Forckenbeck mit Becker und Brüning die Streichung des Census

Grade darauf gespannt, zu erfahren, wie weit es dem Minister falk gelingen wird, positive Resultate zu erzielen, auf einem Gebiete, auf welchem seit nunmehr 60 Jahren erfolglos experimentirt worden ist.

Die europäische Lage hat sich bis auf Weiteres durchaus friedlich gestaltet. Vorläufig ist von den europäischen Mächten dem neuen Sultan Murad V. eine gewisse Respectzeit gegönnt, um die von ihm bei seiner Thronbesteigung erwachsenen Reformen in's Leben zu führen. Fraglich muß es dabei bleiben, ob die christliche Bevölkerung in der Türkei sich mit Vertrauen zu der neuen Regierung erfüllt, welche ihr angeblich volle Gleichberechtigung mit der islamitischen Bevölkerung einräumen soll. Anscheinend haben die europäischen Mächte sich auch dahin verständigt, das Werk der Pacification in den aufständischen Provinzen durch Vermittelungsversuche nicht weiter zu beeinflussen, sondern zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Man hat neuerdings von kriegerischen Ereignissen in jenen Provinzen nichts Wesentliches vernommen, so daß dort tatsächlich eine Waffenruhe eingetreten zu sein scheint. Ueber den Fortgang der Unterhandlungen zwischen den türkischen Regierungsorganen und den Insurgents ist freilich anderseits auch nichts in die Offenlichkeit gedrungen. Ganz unklar ist endlich noch, in welcher Weise die serbische Regierung sich einerseits mit dem von Außen her ihr auferlegten Kriegsverbund und andererseits mit den hochgespannten Erwartungen der Bevölkerung abfinden wird. Die Nachrichten über Ansprüche auf Gebietserweiterungen, welche die Fürsten von Serbien und Montenegro für sich verlangt haben, sind noch so wenig verbürgt, daß sich nicht beurtheilen läßt, ob diese Forderungen den Abschluß eines friedlichen Arrangements einzuleiten bestimmt sind, oder aber den für den Fall des Krieges ausgesteckten Siegespreis bezeichnen sollen. Alles in Allem darf man sich gegen eine plötzliche Bedrohung des europäischen Friedens vorläufig als gefichert betrachten.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Sicherem Vernehmen nach wird schon in nächster Zeit, nachdem die Ausgabe von neuen Obligationen der consolidirten Anleihe à 4% p.C. seit mehreren Wochen eingesetzt worden, ein erhebliches Quantum einer neu en Anleihe zu 4 p.C. zur Bezeichnung aufgelegt werden. Der Cours ist auf 97½ p.C. normirt. In wie weit eine feste Uebernahme eines Theiles dieser Anleihe durch eine Anzahl Banken und Bankhäuser (man nennt die Discontogesellschaft, Bleichröder, Rothchild) erfolgen wird, ist noch nicht entschieden. Es handelt sich hierbei um Flüssigmachung eines Theiles der Eisenbahnen-Credite, über welche die Regierung noch verfügt.

Der Staatsgerichtshof hat am Mittwoch auf Antrag des Rechtsbeistandes des Grafen Harry v. Arnim, des Rechtsanwalts Dr. Quenstedt, welcher, nachdem die beantragte Zurücknahme des Steckbriefes abschlägig beschieden worden, auch von einem preußischen Physikus ein Attest über die Notwendigkeit einer Kur der Carlsbader Thermen für den Grafen beigebracht hatte, beschlossen, dem Grafen Harry Arnim Hindernisse für eine Reise von Mailand durch deutsches Gebiet nach Carlsbad und einem Aufenthalt derselbst von 14 Tagen nicht entgegenzustellen.

* Die ersten Zweimarkstücke gelangen jetzt zur Ausgabe und sind nach der N. B.-Sig. — auch in großen Beträgen — von der hiesigen General-Staatskasse zu beziehen. Sie haben ein sauberes, zierliches Aussehen und sind ungemein handlich. Sie sind nicht ganz so dick und nicht ganz so groß wie die österreichischen Gulden und auch kleiner als die gleichwertigen englischen Florin-Stücke. Das Gepräge der Zweimarkstücke ist scharf und deutlich, der Rand ist tiefer geprägt wie der der Einmarkstücke. Im Aussehen übertreffen die Zweimarkstücke diejenigen von einer Mark, weil sie auf beiden Flächen weniger glatte Stellen haben. Sie zeigen auf der einen Seite den Reichsadler und in einer Umschrift die Wertbezeichnung und die Jahreszahl, auf der anderen Seite befindet sich, wie bei den Goldstücken, das Bildnis des Kaisers mit der Umschrift: "Wilhelm, Deutscher Kaiser, König von Preußen."

— Die schlesischen Gründerherzöge bemühen sich, wie man der "R. H. Z." schreibt, um die Freilassung des Dr. Strousberg aus seiner Haft in Mostau. Man sagt, daß eine Caution von 300 000 Rubel geboten wird, um jene Absicht zu erreichen.

— Die Arbeiten auf den Rieselfeldern zu Osdorf schreiten in sehr befriedigender Weise vor, obwohl, da die Häuseranschlüsse in größerer Zahl erst in den nächsten Monaten stattfinden können, die Quantität des hinausgepumpten Rieselwassers nur mäßig ist. Die zuerst angelegten Gemüsebeete sind mit Gemüsen aller Art, welche vorzüglich geziert, bedeckt; in wenigen Wochen wird mit dem Verkauf der Gemüse in größerem Maßstabe begonnen werden können. Auch auf dem zweiten größeren Felde zwischen Osdorf und Heinrichsdorf ist ein großer Theil der Beete bereits vollendet und mit Gemüsen bepflanzt; dort ist auch mit der Cultur von Mais der Anfang gemacht. Die Befestigung der mit Gräben durchzogenen Wiesen hat noch nicht stattfinden können, da das neu angepflanzte Gras sich erst soweit hat befestigen müssen, daß das Überströmen der Wasser es nicht fortspült.

Der Geruch des Rieselwassers von den Ausflusstellen erstreckt sich nur wenige Schritte weit. Wenn vor Kurzem in öffentlichen Blättern mitgetheilt worden ist, auf den Feldern Osdorfs finde sich die Bucherblume in großen Massen, so ist das Gegentheil davon wahr; sie findet sich dort sehr selten und wird sorgfältig, wo sie auftritt, beseitigt.

* Der "Staatsanzeiger" bringt heute die Ernennung des Ober-Rechthofs v. Brauchitsch zu Potsdam zum Vice-Präsidenten der Regierung in Kassel.

Schweiz.

Bern, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des Ständeraths tauchte wieder einmal die Splügenbahn auf. Die Concession für eine Eisenbahn von Thun bis zu dem auf dem Splügen oder mittelst eines Tunnels durch denselben zu erreichenden italienischen Gebiete wurde vom Bündener Grossen Rathe der Gesellschaft der vereinigten Schweizerbahnen für eine von ihr zu gründende

Aktiengesellschaft am 22. Juni 1869 ertheilt. Nach dieser Concession sollte die Gesellschaft spätestens 2 Jahre nach ihrer Genehmigung constituit sein und 6 Monate nachher mit den Erdarbeiten begonnen werden. Für den Finanzausweis hatte die Bundesversammlung eine Frist von 30 Monaten vom 21. October 1869 an festgesetzt. Am 30. October 1871 wurde diese Frist vom Bundesrathe und am 17. September 1873 durch Bundesbeschuß je um 2 Jahre, also bis zum 22. April 1876 verlängert. Nun sucht die Generaldirection der vereinigten Schweizerbahnen um eine nochmalige Fristverlängerung für 2 Jahre nach. Gestützt auf Art. 3 des neuen Eisenbahngeheges vom 23. Dezember 1872, welche den Bestrebungen, im Osten, Centrum und Norden der schweizerischen Alpen die Verkehrszverbindungen mit Italien zu verbessern, mögliche Beförderung verhebt, und auf die grossen Schwierigkeiten, welche sich der Realisirung des östlichen Alpenüberganges entgegenstellen, beantragte der Bundesrathe Genehmigung des Gesuches, welche auch ohne Widerspruch gewährt wurde.

Aus der heutigen Sitzung des Nationalrathes ist nur die Abweisung einer aus dem Canton Waadt eingegangenen Petition um Einführung einer Tabaksteuer der Erwähnung wert. Wenn ihr entsprochen werden sollte, müßte eine Revision des Art. 42 der Bundesverfassung vorgenommen werden, weil in diesem Artikel die Einnahmen aus welchen die Ausgaben des Bundes bestritten werden sollen, genau angegeben sind. — Auf morgen hat der Bundesrathe eine Specialconferenz von Vertretern der Cantone einberufen, in welcher man die Mittel und Wege berathen wird, wie der durch die Wasserverherrungen der letzten Tage heimfuchten Bevölkerung der Ostschweiz am zweitmäigsten zu helfen sei. Auf dieses hin wurde im Nationalrathe heute eine im ähnlichen Sinne gestellte Motion zurückgezogen.

Bern, 21. Juni. Die Gotthardbahn-Direction hat sämtlichem auf Kündigung angestellten Personal auf Ende August gekündigt für den Fall, daß die Arbeit nicht fortgesetzt werden könnte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Juni. Der Kaiser von Oesterreich begiebt sich heute Abend nach Ischl. — Wie aus Pola gemeldet wird, sind die Panzerfregatte "Salamander" und die Corvette "Brini" nach Smyrna abgegangen, wo das Admiraltätschiff "Gustoza" bereits angekommen ist. Die Corvette "Friedrich" ist nach einer mehr als zweijährigen Reise in Pola eingelaufen.

Wien, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der Direction der Nationalbank wurde, wie die "N. fr. Pr." meldet, bekannt gemacht, daß der Neinertrag des ersten Semesters d. J. sich auf 21 Fl. 69 Kr. per Aktie stellt; es wurde daher beschlossen, 21 Fl. per Aktie zu vertheilen. (W. T.)

Frankreich.

XX Paris, 20. Juni. Die republikanische Union hat sich heute definitiv constituiert und Lepère zu ihrem Präsidenten erwählt. Eine Debatte erhob sich über die Frage, ob Deputierte, die Mitglieder einer anderen republikanischen Gruppe sind, der Union beitreten können. Diese Frage wurde schließlich in bejahendem Sinne entschieden. — Man spricht ernstlich von der Vergangenheit der Kammer am 10. Juli bis zum 15. November. In diesem Falle würde die Deputirtenkammer vor dem Auseinandergehen das Einnahme-Budget votiren, die Discussion über das Ausgaben-Budget dagegen bis nach den Ferien verschoben. — Es bestätigt sich, daß die von einigen Senatoren der Rechten beabsichtigte Interpellation de Marce's über den letzten Präfektenclub nicht stattfinden wird, da die Coalition vom 16. Juni für den Augenblick noch nicht den Kampf gegen das Ministerium eröffnet will. Die "Opinion" bedauert fast, daß man diese Absicht hat fallen lassen, da sie dem Ministerium Gelegenheit gegeben hätte, einen sicheren Erfolg davon zu tragen. — Die letzten Frohleichen am 3. Processionen haben zu verschiedenen Streitigkeiten Veranlassung gegeben; so riß bei einer Dominikaner-Procession in Poitiers ein Fanatiker einem Unteroffizier den Helm vom Kopfe. Vor Allem erregte es Aufsehen, daß in Chartres Soldaten des 2. Dragonerregiments zum Aufbau eines Altars für die auf Sonntag verlegte Processeion verwandt wurden.

Versailles, 21. Juni. Die Abtheilungen des Senates haben heute die Mitglieder für die Commission gewählt zur Vorberatung des von dem Unterrichtsminister eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Freiheit des höheren Unterrichts. 6 Mitglieder dieser Commission sind gegen den Entwurf und nur 3 für denselben. — Der Senat hat die Wahl Buffet's für gültig erklärt und den Antrag des Senators Schöller, von der Linken, auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt. (W. T.)

Italien.

Rom, 21. Juni. Der Papst empfing heute in Gegenwart von 16 Cardinalen und mehrerer anderer Priester eine Anzahl deutscher Wallfahrer. In seiner Antwort auf die Anrede derselben sprach der Papst (wie gewöhnlich) von den "Heimsuchungen und Verfolgungen der Kirche" und lobte die Standhaftigkeit der deutschen Bischöfe und Priester.

— 22. Juni. Die Berathung der auf die oberitalienischen Eisenbahnen bezüglichen Vorlage ist auf morgen festgesetzt. Die Führer der Rechten wollen, wie das Journal "Diritto" erfährt, im Einvernehmen mit dem Ministerium die Betriebsfrage bei der Generaldebatte erörtern und haben sich vorbehaltlich ihrer Abstimmung gegen den auf den Betrieb bezüglichen Artikel 4 dahin geeinigt, den Gesetzentwurf anzunehmen. Unter den von den Journalen namhaft gemachten Deputirten, welche das Wort gegen die Baseler Convention und den Zusatzvertrag zu demselben nehmen wollen, werden auch Minghetti und Sella aufgeführt.

England.

London, 21. Juni. Bei den heute vor dem Court for crown cases reserved fortgesetzten Verhandlungen in dem Prozeß gegen den Capitän Leyn von der "Franconia" über die Frage der Kompetenz der englischen Gerichte segte der General-Anwalt seine in der letzten Sitzung begonnenen Argumente fort, zu deren Unterstützung er die Ansichten der europäischen Juristen über die Kompetenz

der Drei-Meilen-Zone anführte. Der Oberrichter verlangte dagegen den Beweis, daß irgend eine civilisirte Regierung nach dem Prinzip gehandelt habe. Der General-Anwalt konnte denselben in dessen nicht führen. Nachdem hierauf noch die in Amerika über diese Frage herrschenden Ansichten angeführt waren, wurden die Verhandlungen vertagt. (W. T.)

— 22. Juni. Der Befehlshaber des in den chinesischen Gewässern befindlichen englischen Geschwaders, welcher in Gemeinschaft mit dem dortigen Vertreter der deutschen Regierung wegen der Plünderung des deutschen Schooners "Anna" mit der chinesischen Regierung verhandelte, hat nach einer Meldung des "Standard" den Befehl erhalten, über die neuerdings stattgehabte Plünderung des englischen Schiffes "Tartar" die nötigen Untersuchungen anzustellen. (W. T.)

Russland.

Petersburg, 21. Juni. Nach letzten Bestimmungen des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz findet der Transport der Leiche nach der St. Annen-Kirche ohne militärischen Pomp statt. Freitag wird die Leiche nach dem Warshauer Bahnhof gebracht, wo sie über Berlin nach Mitrow in Mecklenburg in die Gruft der herzoglichen Familie übergeführt wird. Die Großfürstin begiebt sich gleichfalls nach Mitrow. — Die kaiserliche Bestätigung der den Actien der Moskau-Brest-Eisenbahn bewilligten Staats-Garantie für 3 Proc. Zinsen und % Proc. Amortisation ist eingetroffen.

Amerika.

New-York, 21. Juni. Der Senator Morill ist an Stelle Bristol's zum Secretär des Schatzes ernannt worden. (W. T.)

Aegypten.

Kairo, 20. Juni. Heute Morgen ist hier der kaiserliche Firman, durch welchen die Thronbesteigung des Sultans Murad angezeigt wird, feierlich publicirt worden. Die Prinzen und die hohen Würdenträger sowie die hiesigen Consuln wohnten der Feierlichkeit bei.

Danzig, 23. Juni.

* Der Minister für die Landw. Angelegenheiten hat an die landw. Centralvereine ein Rundschreiben gerichtet, worin er analog der im Herbst eines jeden Jahres von ihm eingeforderten Erntetabellen eine Tabelle der voraussichtlichen Ernteressultate wünscht, um sich über die Ernteressultate der Landwirthschaft in der preußischen Monarchie zu orientiren. Leider ist die ministerielle Verfügung zu spät erlassen, als daß die voraussichtlichen Resultate noch in den Sitzungen der Vereine, die bekanntlich in dieser Zeit feiern, festgestellt werden könnten. Der Westpr. Centralverein hat in Folge dessen zu dem Aushilfsmittel gegriffen, 500 der bedeutenderen Landwirthe der Provinz darüber zu befragen, und bewährt sich diese Methode anscheinend ganz gut.

* Personaländerungen in der Armee. Der Abschied ist willigt: Bock, Hauptm. von der Landw.-Inf. des 1. Bat. Landw.-Regts. No. 5, als Major mit Befehl und seiner bisherigen Uniform. Neumann, Br.-Lt. von der Landw.-Infant. des 1. Bats. Landw.-Regts. No. 4, dieselben als Hauptm. mit seiner bisherigen Uniform, Wolff, Br.-Lt. von der Landw.-Inf. des 2. Bat. Landw.-Regts. No. 4, als Hauptm. mit der Landw.-Armee-Uniform, Nesselhauf, Br.-Lt. von der Landw.-Infant. derselben Bats., Kempe, Sec.-Lieut. von der Landw.-Infant. des 2. Bat. Landw.-Regt. No. 44, als Br.-Lt. mit der Landw.-Armee-Uniform, Amort Sec.-Lt. von der Landw.-Kav. des 1. Bats. Landw.-Regt. No. 45. — Schrempp, Proviantamt-Controleur in Brandenburg, unter Aufhebung seiner, unter 6. Mai cr. versiegten Verpflichtung nach Danzig, in Brandenburg befallen, Wagner, Depot-Magazin-Verwalter zu Quedlinburg, als Proviantamt-Controleur nach Danzig versetzt.

* Die Theilnehmer an Riebel's Separatzug von Berlin auf 6 Wochen nach Frankfurt a. M. und der Schweiz am 1. und 9. Juli erhalten an allen Stationen der K. Ostbahn schwörtliche Retourlets, deren Bons von Riebel's Reisecomtoir Berlin, Jerusalemstraße No. 42, bei Lösing der Billets in Zahlung genommen werden. Die Billets Berlin, Frankfurt a. M. und zurück 48 und 33 M. und Berlin-Bierwaldstätter See-Intervallen und zurück 93 und 62 M. müssen bis zum 30. Juni gestellt werden.

* Die Provinzschullegionen sind durch Erlass vom 4. M. ermächtigt worden, fünfzig Präsidenten, welche körperlich gebürtig entwickelt sind und bogenförmig, daß sie die Aufnahme-Prüfung für das Seminar mit befriedigendem Erfolge bestehen werden, auch in dem Falle zu der Prüfung zuzulassen, daß ihnen bis zum Prüfungstermine mehr als drei Monate an dem vorrichtsmäßigen Alter von 17 Jahren fehlen, sobald sie derselbe innerhalb der ersten sechs Monate nach dem Aufnahmeterminal erreichen. Aspiranten, welche an diesem mehr als sechs Monate von dem vorrichtsmäßigen Alter (von 17 Jahren) fehlen, sowie solche, bei denen die eine oder die andere der beiden oben erwähnten Voraussetzungen nicht zutrifft, sind jedenfalls von der Theilnahme an der Prüfung auszuschließen.

* Früher wurden bei Hagelschäden den Gutsbesitzern stellweise Nachlässe bei der Klassensteuer bewilligt. Die Verhältnisse hinsichtlich der durch Hagelwetter herbeigeführten Schäden haben sich gegen früher wesentlich verändert, als inzwischen zahlreiche Versicherungs-Gesellschaften entstanden sind welche den Gutsbesitzern Gelegenheit darbieten, den leidlichen Verlusten von sich abzuwenden. Es werden deshalb jetzt bei Hagelschäden nur noch ganz ausnahmsweise Nachlässe an Klassensteuer gewährt werden.

* Die Herren Feldermann und Sohn, deren seemännische Produktionen mit dem Boyton'schen Rettungshabit im Binnenlande überall so großen Anklang fanden, haben entschiedenes Misgeschick, seit sie hier zum ersten Male das Reich des Salzwaters betreten. Neptun, der die Schwimmfahrt Boyton's von Dover nach Calais schon nicht besonders begünstigte, will Boyton's Nachfolger schon an der Schwelle seines Gebietes zurücktrecken. Seit Sonntag herrscht täglich ein steifer, kalter Nord, der starken Seegang zur Folge hat und alle derartigen Produktionen äußerst schwierig macht. Zu gestern Nachmittag hatte Herr Mustardirector Buchholz, der dort concertierte, die Herren Feldermann zu einer Vorstellung am Kurgarten von Boppot engagiert. Die Herren F. stellen Schiffbrüchige dar, die sich mittelst des mit doppelten Wandungen verklebten, mit Luft aufgeblähten Rauchschlauches retten, sich aus Schiffstrümmern ein Floß zusammenzimmern, auf dem sie nun allerlei Kurzweil treiben: einen Gierluchen baden, einen Fisch "fangen" und kochen, Signale geben für den Tag mit Flaggen, Nächte mit Raketen u. s. w. und endlich ein Schiff ihnen naht, an das sie sich retten. Als Schluss-Spectakelstück wird dann noch eine alte Tonne mit einer Dynamitpatrone gesprengt, was anschaulich machen soll, daß ein Schwimmer in dem Habitus auch ein feindliches Schiff in die Luft sprengen kann. Die Hauptzwecke ist natürlich, daß man sieht, daß der Anzug sich bewährt; das

Lebige ist nur eine Ausschmückung, um das Publikum für längere Zeit zu unterhalten. Gestern war der Seezug so stark, daß er schwerlich das Binnern eines Bootes in See gestattet hätte; ein solches wurde darum vorher von Fischern hinaus in die Brandung gebracht und hier verankert. Von Ende des Sieges aus gingen nun die Herren Feldermann in die See hinein und begannen sogleich den Kampf mit d. an-angreifenden Element. Herr Feldermann jun. stellte den geübten Schwimmer dar, sein Vater, wie ein Nichtschwimmer sich im Habitus mittelst eines Ruders fortbewegen kann. Die beiden wollten nun zu dem ein paar hundert Schritt entfernten Floss gelangen, die starke Brandung ließ dies aber nicht zu; lange kämpften sie mit Wind und Wellen, konnten aber nicht gegen diese weiter vordringen, sondern böhlens mit großer Anstrengung parallel dem Strand sich einige Zeit fortbewegen. Dazu kam, daß sie vor den hohen und spitzen Wellen der Brandung das Floß nur einmal einen Augenblick erblickten. Nach langer Kampf wurden, als die Kräfte ermatteten, erst der Vater, dann auch der Sohn langsam aber stetig dem Strand angetrieben. Um der unbefriedigten Schamlust des Publikums wenigstens etwas zu bieten, posierten sie sich an den Kurzten, die zum Warmbad führenden Röhren bedeckten Steg und auf diesen Spieße gaben sie nun den Theil des Programms zum Besten, der sich sonst auf und am Floss abspielte, ließen Täuber liegen, kostete Speisen, ließen Raketen steigen, sprengten die Tonne u. s. w. Wenn man das nun anfaßt, etwa 15 Schritte vom Strand, und die Actenre, nur bis an die Hütten im Wasser, auf festem Grunde stehend, anfangt über die Brette laufend, das auf festem Pfahl ruhte, so sieht es, obgleich die Darstellung auf dem Floss bei schlimmstem Wetter kaum schwieriger ist, einen unwillkürlichen Beobachtungskreis ein, der parallel dem Strand sich zieht, und das nicht zahlreiche Publikum äußerte sich ziemlich unbefriedigt. — Capitän Boyton bot das Habitus seiner Zeit der deutschen Marine-Verwaltung an; nach genauer Prüfung lehnte diese ab, weil auf den Kriegsschiffen nicht Raum zur Aufbewahrung der Anzüge für die ganze Mannschaft sei, und weil das Anzügen des Anzuges doch längere Zeit erforderlich ist, als in Augenblicken plötzlicher großer Gefahr, wenn er vielleicht in brauchen wäre, vorbanden ist. Dies Urteil wird auch von biegsamen Sachverständigen bestätigt; doch kann es immerhin Fälle geben, wo das Habitus gute Dienste leistet, und, vorläufig von Einzelnen als eine neue Art Sport betrieben, würde sich das Habitus vielleicht allmälig o vervollkommen lassen, das es auch zu allgemeinem Gebrauche passender würde. Vorgehens Nachmittags ist der Anzug zum ersten Male eine kleine Probe in Gefahr bestanden. Die Herren F. mietheten in Neufahrwasser ein größeres, von dem Schiffer Kreft und seinen beiden Söhnen geführtes Segelboot, mit dem sie sich und ihre Utensilien von Neufahrwasser nach Boppot transportieren ließen. Der Wind steigerte sich während der Fahrt zum Sturme, die See ging hoch und unwidrig, das Boppoter Stege war das Boot in großer Gefahr. Die Wogen der Brandung füllten es mit Wasser, es fiel auf die Seite, zwei der Insassen wurden herausgeworfen, aber wieder hereingezogen, besonders durch die beiden jungen Kreft, welche nicht schwimmen konnten. Schnell zog Feldermann jun. sein Habitus an, nahm eine Leine und sprang damit in die Wogen, die ihn bald an Land trugen, wo er also eine Verbindung mit dem Boote hergestellt hatte, durch welche dieses in Sicherheit gezogen werden konnte. Mittlerweile war freilich auch von anderer Seite die Hilfe nahe. — Wie im Herr Feldermann mittheilt, gedenkt er, nachdem

in der Petersiliengasse No. 11 in Folge mangelhafter Schornsteinreinigung. Das erste Feuer wurde von der Feuerwehr in kurzer Zeit, das zweite war bereits vor Ankunft der Feuerwehr von den Haushaltbewohnern gelöscht. — Vom 26. d. Mts. ab wird ein Theil der Hopfengasse von der Stützengasse bis zur Trennungsgassebrücke für Fuhrwerke und Reiter behufs Reparatur gesperrt bleiben.

* Mit dem 1. Juli d. J. wird in dem Dorfe Hoppendorf Kreis Garthaus eine Post-Agentur errichtet. Von gleichem Zeitpunkte ab wird von Zuckau über Hoppendorf nach Schönberg ein Privat-Personenfuhrwerk eingestellt, mit welchem Postgegenstände befördert werden. Die beiden Postagenturen Hoppendorf und Schönberg sind dem Postamt in Zuckau in Bezug auf den Betriebsverband und die Rechnungslegung angeheftet.

† Berent, 22. Juni. Vor gestern wurde hier unter Vorsitz des Kreis-Schul-Inspectors Kirsch die Kreis-Lehrer-Conferenz abgehalten, an welcher 3 Local-Schul-Inspectoren und ca. 40 Lehrer teilnahmen. Die Versammlung beschloß, dem Reg.-Schulrat Wanura in Danzig, welcher in diesen Tagen sein 25-jähriges Jubiläum feiert, telegraphisch eine Gratulation zu über senden. — Für die hiesige Progymnasial-Schule ist vom Comité als neue Lehrkraft der Lehrer Spohu aus Danzig gewählt worden. — Nächsten Sonntag wird hier der Pianist Jos. A. Töpfer mit Unterstützung einheimischer Kräfte ein Concert geben.

Unter Berufung auf § 39 des Gemeindelichen vermögensgesetzes hatte die Regierung zu Marienwerder das Recht beansprucht, an denjenigen Kirchen, deren Patron der Landesherr ist, einen Kirchenvorsteher zu ernennen. Dagegen legte der Bischof von Culm Protest ein, und der Cultusminister hat nun mehr nach der „Gem.“ entschieden, daß dieses Recht der Regierung nur an denjenigen Stellen zufolge, wo dieselbe als Patronats nicht aber etwa als Aufsichtsbehörde — wie dies vor Ernennung der Besuchungsmitkunde mitunter der Fall war — das Recht der Ernennung oder Bestätigung der Kirchenvorsteher bisher ausübt.

S. Stuhm, 22. Juni. Der Magistrat zu Stuhm hat in Gemeinschaft mit dem Mitpatron Rittergutsbesitzer Peters an Kleczewko die Prediger Meijerschmidt, Nesselmann und Wehringer als Wahlkandidaten für die durch den Tod des Pfarrers Tischberch erledigte Pfarrstelle den evangelischen Kirchengemeinden Stuhm und Kleczewko präsentiert. Einzelne Kirchengemeindemitglieder haben gegen die Rechtmäßigkeit der Präsentation, wie sie geschehen, Zweifel gehegt und denselben in einem Protest an das R. Consistorium Ausdruck gegeben. Nach den hier obwaltenden Rechtsverhältnissen kann von diesem Proteste ein Erfolg wohl nicht erwartet werden.

C Aus dem Kreise Stuhm, 22. Juni. Der Arbeiter Kujawski, welcher des Mordes und der Verabredung des Tischlers Witschel in dem Krug zu R. Neudorf dringend verdächtigt, durch die Staatsanwaltschaft zu Marienburg strafrechtlich verfolgt wurde, ist im Kreise Grubendorf ergriffen und an die Gerichtsdeputation Stuhm gefesselt eingeliefert worden.

— S. Braunsberg, 22. Juni. Soeben erfahren wir von einem Intermezzo, daß sich bei Gelegenheit der letzten Wiederholungsprüfung katholischer Lehrer am hiesigen Seminar abgespielt hat. Bekanntlich ist der hiesige Seminar director Treibel alt-katholisch; nichtsdestoweniger hatte ihm die Königl. Regierung die Funktion eines Prüfungs-Commissars in der Religion übertragen. Auf welche Weise von dieser Anordnung der hiesige Erzpriester Kunde erhielt, wissen wir nicht; wohl aber, daß Herr A. den jungen Leuten im Vorsaal des Prüfungszimmers die Worte zuraumte: „Derjenige von Ihnen, welcher sich in der Religion von Director Treibel prüfen läßt, wird an einer katholischen Schule nicht mit dem Religionsunterrichte betraut“, mit andern Worten also, nicht angestellt. Dem Prüfungspräsidenten Schirath war indessen diese Anerkennung nicht entgangen; er befragte die jungen Leute ernstlich danach und nahm über den Vorgang ein Protokoll auf. Darauf unterzogen sich sämtliche Examinierten der Prüfung, wofür ihnen indes nachträglich durch ihre vorgesetzten Geistlichen das Mißfallen des bishübschen Stuhls ausgedrückt worden ist, sie auch zur Abgabe einer Auskunft aufgefordert sind, weshalb sie so gehandelt. Praktische Folgen scheint bisher der Vorgang nicht gehabt zu haben, da alle Lehrer unbeküllt im Amte geblieben sind.

Neidenburg, 20. Juni. Die Aufhebung des Chancceegeldes auf allen Kreischausseen im hiesigen Kreise tritt am 1. Juli cr. Mittags 12 Uhr, ein.

Vermischtes.

Berlin. Die Aufführung des von Dresden aus über Breslau hier importierten parodistischen Spectakels städtisches: „Der gesündene Rauhritter“, das allabendlich die Räume des Louisenstädtischen Theaters mit einem alle Stände repräsentirenden Publikum füllte, ist gestern Abend polizeilich inhibirt worden. Gründe für diese Maßregel wurden den bereits versammelten Zuschauern nicht mitgetheilt.

Berlin. Auf der Postanstalt am hiesigen Postdamer Bahnhofe wurde vor einigen Tagen eine gut mit Leinwand umhüllte kleine Holzliste aufgeliefert, die an den Baumeister Rothe in Magdeburg, Breitestr. 18,

No. 20, adressirt war. Da weder unter der angegebenen Adresse noch in Magdeburg überhaupt ein Baumeister dieses Namens zu ermitteln war, so kam die Kiste nach Berlin zurück und wurde hier, weil sich aus denselben ein höchst fatales Geruch entwickele, ähnlich geöffnet. Die Beamten fanden die bereits in Bewegung übergegangene nackte Leiche eines neugeborenen Kindes.

Das Paket wurde der Criminalpolizei

zugestellt, welche jetzt eifrig nach dem Absender forscht.

Berlin. Unter den Kellerwechsel-fabrikanten herrscht gegenwärtig ein panischer Schrecken, denn nicht weniger als sieben Mitglieder dieser lauberen Gilde sind auf Requisition des Untersuchungsrichters zu Soest hier verhaftet und dorfbh transportirt worden.

Das Resultat des vor einiger Zeit in Hamburg zum Besten der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger abgehaltenen Bazaars ist ein sehr glänzendes gewesen: 50000 M. sind der Rentenstift und 9000 M. der Wittwen- und Waikasse überwiesen worden.

Hörzen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Juni.

		Gros. 22.	Gros. 22.
Weizen		Fr. 4½ esq.	104,70 104,70
gelber		Fr. 4½ esq.	94,50 94,50
Juni-Juli	207	207,50	Fr. 3½ pfd. 85 85
Sptbr.-Oct.	211,50	210,50	do. 4½ do. 96 96
Roggen			101,60 101,70
Juni	161,50	162	Fr. 4½ esq. 83 83,70
Sptbr.-Oct.	162	162	Beobachtung. 145 149
Brotkreml.			Fr. 4½ esq. 149
Fr. 200			Fr. 4½ esq. 17,70 18,20
Herbst	27,20	26,90	Fr. 4½ esq. 116,60 117
Juli	63,80	63,40	Fr. 4½ esq. 244 252,50
Sptbr.-Oct.	62,80	62,50	Danz. Vandverein 122 123
Spiritus loco			Fr. 4½ esq. 58,10 58,70
Juni-Juli	51,80	51,50	M. 266,60 266,80
Sptbr.-Oct.	51,90	51,60	M. 168,25 168,60
Ang. Sch. u. II.	82,25	83,70	Pf. 100,00
Ungar.			St. 59,60
Staats-Ostl. Prior.			Fr. II. 59,60

Fondsbörse schwach.

Frankfurt, a. M., 22. Juni. Effecten-Societät. Creditdienst 120%, Franzosen 224%, Lombarden 171%, Reichsbank — 1860r. Loope 101%. Matti.

Bremen, 22. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.)

Standard white loco 12,40, Fr. Juni 12,40, Fr. Juli

12,50, Fr. August-Dezember 12,00. Alles bezahlt.

Amsterdam, 22. Juni. [Getreidemarkt.]

(Schlußbericht.) Weizen Fr. November 302. — Roggen

Fr. Juli 188, Fr. October 194.

Wien, 22. Juni. (Schlußcourse.) Papierrente 66,90,

Silberrente 70,30, 1854r. Loope 106,75, National 852,00,

Nordbahn 1845, Creditdienst 151,75, Franzosen 273,50

Galizier 206,75, Kaschau-Österberger 94,25, Pardubitzer

Nordwestbahnen 131,50, do. Lit. B. — London

121,00, Hamburg 58,90, Paris 47,85, Frankfurt

Amsterdam 99,40, Creditdienst 161,50, 1860r. Loope

110,70, Lomb. Eisenbahn 89,50, 1864r. Loope 130,50

Linnébahn 61,00, Anglo-Austria 74,60, Napoleon 9,62,

Dukaten 5,80, Silbercoupons 101,75, Elisabeth

bahn 152,50, Ungarische Brünnowloose 72,20, Deutsch

Reichsbanknoten 59,25, Türkische Loope 19,00.

London, 22. Juni. [Schluß-Course.] Consols 94%. 5½ Italienische Rente 73½%. Lombarden 7½%. 3½ Lombarden-Prioritäten alle 9%. 3½ Lombarden-Prioritäten neue 9%. 5½ Russen de 1871 89½%. 5½ Russen de 1872 89%. Silber 51%. Türkische

Anleihe de 1865 13½%. 5½ Türken de 1869 13½%. 6½ Vereinigte Staaten Fr. 1885 105½%. 6½ Vereinigte Staaten 5½ fundire 106%. Österreichische Silberrente 58. Österreichische Papierrente 55. 6½ ungarische Schatzbonds 83. 6½ ungarische Schatzbonds 2. Emission. — Spanier 14. 5½ Peruanei 16½%. — In die Bank fließen hente 25 000 Pf. Stiel. Blattdiscount 1% pfd.

London, 22. Juni. Bankausweis. Totalreserve

17,444,443, Notenumlauf 27,006,170, Baarvorwahl

29,480,618, Portefeuille 16,901,002, Guth. der Priv

22,524,303, Guth. d. Staates 8,582,991, Notenreserve

16,459,890, Regierungssicherheiten 14,611,341 Bd. St.

Paris, 22. Juni. Bankausweis. Baarvorwahl

14,005,000. Zunahme, Gesamt-Borschüsse 102,000 Zun.

Laufende Rechnungen der Privaten 15,102,000 Zun.

Guthaben des Staatschakes 17,234,000 Zun., Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 12,520,000 Abn.

Notenumlauf 30,651,000 Fr. Abn.

Paris, 22. Juni. (Schlußbericht.) 3½ Rente

68,55. Anleihe de 1872 106,12½%. Italienische 5½

Rente 73,90. Itali. Tabaks-Aktien. — Italienische

Tabaks-Obligationen. — Franzosen 57,00.

Lombardische Eisenbahn-Aktien 185,00. Lombardische

Prioritäten 244,00. Türken de 1865 13,25. Türken de

1869 77,00. Türkenloose 43,50. Credit mobilier 161.

Spanier extér. 13%, do. inter. 12%. Sucz-

canal-Aktien 695. Banque ottomane 366, Société

générale 522. Crédit foncier 712. Egypte 198.

Wochauf Wochenauf 25,27½%. — Matt und unbete.

Paris, 22. Juni. Productenmarkt. Weizen

sehr still, Fr. Juni 28,25, Fr. Juli 28,50, Fr. August

28,75, Fr. September-Dezember 29,50. Mehl sehr still,

Fr. Juni 61,75, Fr. Juli 62,00, Fr. August 62,50, Fr. September-Dezember 64,00. Rüböl fest,

Fr. Juni 74,50, Fr. August 77,00, Fr. September

78,25, Fr. Juni 44,25, Fr. Sept.-Dezember 47,25.

Antwerpen, 22. Juni. Getreidemarkt.

Das heutige Geschäft bewegte sich wiederum in den engsten Grenzen und die Course blieben im gefügten Niveau. Von den internationalen Speculationspapieren blieben österreichische Credit-Aktien unverändert, Lombarden und österreichische Staatsbahn liegen etwas nach, österreichische Nebenbahnen erfreuten sich wieder

größerer Beliebtheit, Galizier, Rudolfsbahn und Elbthalbahn steigend. Speculationseffecten blieben unbedeutend. Die auswärtigen Staatsanleihen behaupteten zwar ihre bisherigen Coursnotierungen fast unverändert, trugen aber eigentlich doch keine feste Physiognomie, die scheinbare Festigkeit entsprang eben nur der totalen Geschäftsfestigkeit, welche die Börsenwaren waren

(Schlußbericht.) Weizen weichenb. Roggen nachgebend. Hafer gefragt. Gerste unverändert. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinurtes, Type weiß, loco 29½ Br., Fr. Juni 29 Br., Fr. Juli 29½ Br., Fr. September 31½ Br., Fr. Dezember 32 Br. — Steigend. New York, 21. Juni. (Schlußcourse.) Wechsel aus London in Gold 4 D 87 C. Goldbagio 12½%, 5½ Bonds 1885 115½, do. 5½ fundierte 117½, 5½ Bonds 1887 123, Griebahn 13%, Central-Pacific 110, New York Centralbahn 106. Höchste Notierung des Goldbagios 12%. — Wareneintrag. Baumwolle in New York 12½, do. in New Orleans 11½, Petroleo in New York 14%, do. in Philadelphia 14%, Mais (old mixed) 60 C. Zucker (fair refining Muscovado) 7½, Kaffee (Mio) 17, Schmalz (Marke Wilcox) 12 C. Speck (short clear) 11 C. Getreidefracht 6½.

(Schlußbericht.) Weizen weichenb. Roggen nachgebend. Hafer gefragt. Gerste unverändert. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinurtes, Type weiß, loco 29½ Br., Fr. Juni 29 Br., Fr. Juli 29½ Br., Fr. September 31½ Br., Fr. Dezember 32 Br. — Steigend. New York, 21. Juni. (Schlußcourse.) Wechsel aus London in Gold 4 D 87 C. Goldbagio 12½%, 5½ Bonds 1885 115½, do. 5½ fundierte 117½, 5½ Bonds 1887 123, Griebahn 13%, Central-Pacific 110, New York Centralbahn 106. Höchste Notierung des Goldbagios 12%. — Wareneintrag. Baumwolle in New York 12½, do. in New Orleans 11½, Petroleo in New York 14%, do. in Philadelphia 14%, Mais (old mixed) 60 C. Zucker (fair refining Muscovado) 7½, Kaffee (Mio) 17, Schmalz (Marke Wilcox) 12 C. Speck (short clear) 11 C. Getreidefracht 6½.

(Schlußbericht.) Weizen weichenb. Roggen nachgebend. Hafer gefragt. Gerste unverändert. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinurtes, Type weiß, loco

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen sind erfreut A. Lieblich und Frau Marle, geb. v. Lubtow.

Soppot, den 23. Juni 1876.

Heute früh 7 Uhr verschied nach langem

schweren Leiden mein innigst geliebter

Mann, unser guter Vater

Carl Gerhard v. Roy

in seinem 52sten Lebensjahre.

Dieses zeigen wir tief betrübt an.

Danzig, den 23. Juni 1876.

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Der hinter dem, des Mordes verächtlichen Arbeiter Simon Kujawski aus Johanniskirch, Kreises Schwetz, am 3. Mai er. exilierte Steckbrief ist durch Ergreifung des Kujawski erledigt.

Marienburg, den 17. Juni 1876.

Königliche Staats-Anwaltschaft.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen städtischen höheren Lehrstelle ist die zweite wissenschaftliche Lehrstelle vom 1. October d. J. ab zu besuchen.

Bewerber, welche die Prüfung pro facultate docendi bestanden haben, wollen ihre Meldungen nicht Bezugspunkten und einem Lebenslauf bis zum 8. Juli d. J. bei uns einreichen.

Das Gehalt der Stelle beträgt 2400 Mark und steigert sich durch Dienstalterszulagen von 5 zu 5 Jahren um je 300 M. bis auf 3600 M., wobei die Hälfte und unter Umständen auch mehr wie die Hälfte der auswärtigen Dienstzeit mit angekündigt wird.

Thorn, den 20. Juni 1876.

Der Magistrat.

Zur gesälligen Beachtung.

Die Verlags-Handlung M. Driesner, Berlin C, Klosterstrasse 72, empfiehlt:

Vollständiges Tarifbuch

für

Schlesische Steinkohlen.

Enthalten: Sämtliche Tarife für Schles. Steinkohlen aller deutschen und österreich-ungarischen, rumänische und russische Kiew-Brest-Eisenbahnen.

Herausgegeben von

A. W. Berger & Co., Waldenburg i. Schl., Steinkohlen-Engros-Geschäft.

Abonnementspreis pro 1876, drei Nummern, M. 12. Einzelne Nummern M. 5. unter Rückvergütung des Abonnementspreises bei Kohlenbezügen durch die Herausgeber.

Ein für alle am Kohlenhandel interessierten Geschäftsleute (Käufer wie Verkäufer) durch geordnete, übersichtliche Aufstellung der Tarife, nothwendiges Nachschlagebuch.

Die erste Nummer ist bereits erschienen. Prospekte stehen zu Diensten. Bestellungen werden direct oder durch jede Buchhandlung erbeten.

Angebote und Holz-Versteigerungen und Gesuche von Submissionen,

Holzhandelsberichte von Berlin, Breslau, Danzig, Hannover, Königsberg, Riga, Schlesien, Süddeutschland, Oesterreich-Ungarn, Warschau, England, Frankreich, bringt das Handelsblatt für Walderzeugnisse, Organ für die Interessen des Holzhandels. Das Blatt hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens durch reichhaltige und wahrheitsgetreue Berichte eine Bedeutung erworben, so dass „kein Gewerbetreibender, welcher Holz kauft oder verkauft, das Blatt, ohne sich zu schädigen, entbehren kann.“ Durch d. Post f. 6 Monate 4 M. 50 Pf., wöchentlich, 2 mal. Probe-Nummer gratis und franco durch die Fr. Lintz'sche Buchhandlung in Trier. (Rhein-Pruessen) Inserate sind v. bestem Erfolg.

An Ordre

angekommen und höchstig in Neufahrwasser die Schwedische Firma "Wright's", Capt. Abram. Der Empfänger beließe sich schlemigst zu nennen bei

Alexander & Meseck.

Ich beweistige zum 1. Octbr. d. J. für Mädchen, die hier eine höh. re. Doktorstude besuchen, ein Pensionat zu gründen, und bitte die geehrten Eltern die mir ihre Kinder anvertrauen wollen, sich im Hause meines Schwagers des Herrn Otto Braunschweig in Danzig, Neugarten 11, zu nähern.

Rücksprache bei mir gefälligst melden zu wollen. Jeannette Lange geb. Collin.

Geb. 4365.

Von heute ab emrsche

Dominikszwiebacke

in bekannter Güte.

Georg Sander, Poststraße.

Feinste Tisch- und Kochbutter, täglich frisch, in 1/2 und 1/4 lb., empfiehlt zu herabgesetzten Preisen

A. v. Zynda, Hundeg. 119,

vo. m. C. W. H. Schubert.

1000 gute Hauf-Convents mit beliebigem Firmendruck, à 3 M. 50 Pf.

extra Prima à 4 M. 25 Pf. (4332)

G. Gisevius, Königsberg i. Pr.

Im Walde Krissau

bei Zuckau

ist trockenes Brennholz in allen Sorten,

sowie Bauholz zu haben.

J. Kickbusch,

Firma: J. A. Potrykus,

Glockenthor 143, Holzmarkt-Ecke.

Nippläne, Getreidesäfte

von starkem Druck mit Streifen, zu

3 Scheffl. Inhalt, empfiehlt räumungshalber à 15 und 16 Pf.

J. Kickbusch,

Firma: J. A. Potrykus,

Glockenthor 143, Holzmarkt-Ecke.

Um mich meinem

ganz widmen zu können, sehe mich genötigt, mein

Carl Gerhard v. Roy

in seinem 52sten Lebensjahre.

Dieses zeigen wir tief betrübt an.

Danzig, den 23. Juni 1876.

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Der hinter dem, des Mordes verächtlichen Arbeiter Simon Kujawski aus Johanniskirch, Kreises Schwetz, am 3. Mai er. exilierte Steckbrief ist durch Ergreifung des Kujawski erledigt.

Marienburg, den 17. Juni 1876.

Königliche Staats-Anwaltschaft.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen städtischen höheren Lehrstelle ist die zweite wissenschaftliche Lehrstelle vom 1. October d. J. ab zu besuchen.

Bewerber, welche die Prüfung pro facultate docendi bestanden haben, wollen ihre Meldungen nicht Bezugspunkten und einem Lebenslauf bis zum 8. Juli d. J. bei uns einreichen.

Das Gehalt der Stelle beträgt 2400 Mark und steigert sich durch Dienstalterszulagen von 5 zu 5 Jahren um je 300 M. bis auf 3600 M., wobei die Hälfte und unter Umständen auch mehr wie die Hälfte der auswärtigen Dienstzeit mit angekündigt wird.

Thorn, den 20. Juni 1876.

Der Magistrat.

Zur gesälligen Beachtung.

Die Verlags-Handlung M. Driesner,

Berlin C, Klosterstrasse 72, empfiehlt:

Vollständiges Tarifbuch

für

Schlesische Steinkohlen.

Enthalten: Sämtliche Tarife für

Schles. Steinkohlen aller deutschen und

österreich-ungarischen, rumänische und rus-

sische Kiew-Brest-Eisenbahnen.

Herausgegeben von

A. W. Berger & Co.,

Waldenburg i. Schl., Steinkohlen-

-Engros-Geschäft.

Abonnementspreis pro 1876, drei Nummern, M. 12. Einzelne Nummern M. 5.

unter Rückvergütung des Abonnements-

preises bei Kohlenbezügen durch die Her-

ausgeber.

Ein für alle am Kohlenhandel interessierten Geschäftsleute (Käufer wie Verkäufer) durch geordnete, übersichtliche Aufstellung der Tarife, nothwendiges Nachschlagebuch.

Die erste Nummer ist bereits erschienen. Prospekte stehen zu Diensten. Bestellungen werden direct oder durch jede Buchhandlung erbeten.

Angebote und Holz-Versteigerungen und

Gesuche von Submissionen,

Holzhandelsberichte von Berlin, Breslau,

Danzig, Hannover, Königsberg, Riga, Schlesien,

Süddeutschland, Oesterreich-Ungarn,

Warschau, England, Frankreich, bringt das

Handelsblatt für Walderzeugnisse, Organ für die Interessen des Holzhandels.

Das Blatt hat sich in der kurzen

Zeit seines Bestehens durch reichhaltige und

wahrheitsgetreue Berichte eine Bedeutung

erworben, so dass „kein Gewerbetreibender,

welcher Holz kauft oder verkauft, das

Blatt, ohne sich zu schädigen, entbehren

kann.“ Durch d. Post f. 6 Monate 4 M. 50

Pf., wöchentlich, 2 mal. Probe-Nummer gratis

und franco durch die Fr. Lintz'sche

Buchhandlung in Trier. (Rhein-Pruessen)

Inserate sind v. bestem Erfolg.

Herausgegeben von

A. W. Berger & Co.,

Waldenburg i. Schl., Steinkohlen-

-Engros-Geschäft.

Abonnementspreis pro 1876, drei Nummern, M. 12. Einzelne Nummern M. 5.

unter Rückvergütung des Abonnements-

preises bei Kohlenbezügen durch die Her-

ausgeber.

Ein für alle am Kohlenhandel interessierten Geschäftsleute (Käufer wie Verkäufer) durch geordnete, übersichtliche Aufstellung der Tarife, nothwendiges Nachschlagebuch.

Die erste Nummer ist bereits erschienen. Prospekte stehen zu Diensten. Bestellungen werden direct oder durch jede Buchhandlung erbeten.

Angebote und Holz-Versteigerungen und

Gesuche von Submissionen,

Holzhandelsberichte von Berlin, Breslau,

Danzig, Hannover, Königsberg, Riga, Schlesien,

Süddeutschland, Oesterreich-Ungarn,

Warschau, England, Frankreich, bringt das

Handelsblatt für Walderzeugnisse, Organ für die Interessen des Holzhandels.

Das Blatt hat sich in der kurzen

Zeit seines Bestehens durch reichhaltige und

wahrheitsgetreue Berichte eine Bedeutung

erworben, so dass „kein Gewerbetreibender,

welcher Holz kauft oder verkauft, das

Blatt, ohne sich zu schädigen, entbehren

kann.“ Durch d. Post f. 6 Monate 4 M. 50

Pf., wöchentlich, 2 mal. Probe-Nummer gratis

und franco durch die Fr. Lintz'sche

Buchhandlung in Trier. (Rhein-Pruessen)

Inserate sind v. bestem Erfolg.

Herausgegeben von

A. W. Berger & Co.,

Waldenburg i. Schl., Steinkohlen-

-Engros-Geschäft.

Abonnementspreis pro 1876, drei Nummern, M. 12. Einzelne Nummern M. 5.

unter Rückvergütung des Abonnements-

preises bei Kohlenbezügen durch die Her-

ausgeber.

Ein für alle am Kohlenhandel interessierten Geschäftsleute (Käufer wie Verkäufer) durch geordnete, übersichtliche Aufstellung der Tarife, nothwendiges Nachschlage